

CORONA-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS - TEIL 11 | VON JOCHEN MITSCHKA

Posted on 8. Oktober 2020

Majestätsbeleidigung oder notwendige Prüfung?

Ein Standpunkt von Jochen Mitschka.

Nach "Lernen vom Untersuchungsausschuss Schweinegrippe" (1), dem Thema "Die Lage der Menschen in Pflegeheimen" (2), einer Berichterstattung über die Zustände in Bergamo (3) folgte: "Der Drogen-Test, die Immunität und die zweite Welle" (4). Heute geht es um den zweiten und letzten Teil der Anhörung über "Die Lage der kleinen Unternehmer und Selbständigen" (5).

Nils Roth und Martin Ruland

Gegen Ende der Befragung gestehen die beiden Zeugen, dass sie sich ursprünglich als erfolgreiche Vertreter der Leistungsgesellschaft gesehen hatten (auf Grund einer Frage von Dr. Füllmich), nun aber das Vertrauen in den deutschen Staat verloren hätten.

Auf die Frage, ob sie das Gefühl hätten, dass nach dem 14. März sich jemand für ihre Probleme interessiert hätte, antwortete Herr Roth, ja, in den letzten Tagen hätte das Amt für Statistik sich mit dem Unternehmen in Verbindung gesetzt. Die hätten Zahlen angefordert, zuerst jährliche, dann monatliche. "Da habe ich heute Vormittag mit einer Sachbearbeiterin am Telefon gesprochen, die hat alles abgewiegt und gesagt 'da kommen Sie nicht raus aus der Nummer, Sie müssen auf jeden Fall abgeben'." Daraufhin hätte er verlangt den Vorgesetzten zu sprechen. Woraufhin Herr Roth die Durchwahl erhalten hätte, erzählte er. Der hatte Verständnis und erklärte, er lege das zu den Akten, man möge ihm doch nur eine kurze E-Mail dazu schreiben und den Sachverhalt bestätigen. Es erfolge dann keine Erhebung.

Dann berichtete er darüber, dass es unmöglich war, nach Stunden in der Warteschleife, Aussagen zur 4. und 5. Fördermöglichkeit gemeinsam zu erhalten. Wer die 4. bearbeitete, hätte erklärt, sich nicht mit der 5. auszukennen, und umgekehrt. Insofern wäre es nicht möglich gewesen, die beiden Fördermöglichkeiten in Beziehung zu setzen. Darauf könne man nur schriftliche Antworten erhalten, und auf die müsse man ... warten.

Herr Ruland berichtete, dass zunächst alle Anträge ja online erfolgen würden. Bei Rückfragen wäre eine Sachbearbeiterin für einen möglichen Harz4-Antrag sehr freundlich gewesen, hätte aber, zu einem frühen Zeitpunkt des Verfahrens, nichts "vereinfachtes" übermitteln können. Was nun in Berlin, etwas später, anscheinend bei einer anderen Sachbearbeiterin möglich gewesen war.

Er stellte dann von sich aus eine Frage an die Rechtsanwälte des Ausschusses. Er fragte, ob es richtig wäre, dass man nach Infektionsschutzgesetz grundsätzlich einen Anspruch auf entgangene Einnahmen hätte. Dr. Füllmich erklärte, dass das theoretisch richtig wäre, dass er aber über "schuldhaft fehlerhaftes Verhalten" statt über das Infektionsschutzgesetz den Anspruch begründen würde. Und dass er an der ersten mündlichen Verhandlung, welcher ein Gastronom angestrengt hatte, teilgenommen hätte.

Das Gericht in Hannover hätte zuerst den Eindruck vermittelt, alle Parteien sorgfältig anhören zu wollen. Am Ende wäre das Gericht zu dem Schluss gekommen, dass beide Seiten gute Argumente vorgebracht hätten. Dann hätte der Richter gesagt: "Überlegen Sie doch einmal, wenn ich Ihnen Recht gebe, was hat das für eine Auswirkung in Niedersachsen, was hat das für eine Auswirkung in ganz Deutschland." Das wäre ja eine politische Entscheidung.

Dr. Füllmich: Der Richter müsste, sollte er Schadenersatz zusprechen, also Recht sprechen, und gegen seinen eigenen Dienstherrn entscheiden.

Auf die Frage, wie sich die Situation auf die familiären Zustände auswirken würde, antworteten die Zeugen zurückhaltend. Man würde sich gegenseitig ermutigen. Darüber erklärten beide, dass sie die Meldungen in den Medien nicht mehr ernst nehmen könnten, weil sie diametral den eigenen Erfahrungen entgegenstehen würden. Dann wurde über die zeitlich begrenzte Mehrwertsteuersenkung gesprochen, welchen Aufwand das für kleine Unternehmen bedeute, und wie sinnlos dies dort wäre.

Die volkswirtschaftliche Lage

Nachdem die Verbindung mit Herrn Prof. Christian Kreiß von der Hochschule Aalen telefonisch nicht in ausreichender Qualität möglich war, erfolgte eine Befragung des ehemaligen Wirtschaftsdezernenten

Heinz Kruse (7) aus Hannover.

Herr Kruse ist 73 Jahre alt, berichtete er, und hätte Erfahrung in der öffentlichen Verwaltung in NRW und als Wirtschaftsdezernent in Hannover während seines Berufslebens gesammelt. Im Anschluss daran hätte er als Manager in unterschiedlichen Unternehmen gearbeitet. Ursprünglich käme er aus dem Bankbereich.

Er wurde dann gefragt, wie sich die Lockdown-Entscheidungen auf die wirtschaftliche Situation in Deutschland ausgewirkt hätten, und was noch zu erwarten wäre.

Er antwortete, dass man über ein Corona-Krise sprechen würde, dass es sich aber in Wahrheit um eine Mischung aus Konjunkturproblemen, sicher auch teilweise coronabedingt, mit anderen Problemen handeln würde, die strukturell bedingt wären. Diese Strukturprobleme hätten sich lange vor der Corona-Krise angesammelt und angekündigt. Sie würden insbesondere die Struktur der kleinen und mittleren Unternehmungen des Landes, bzw. des ganzen EU-Raumes betreffen.

Die Probleme wären darauf zurückzuführen, dass sich Deutschland und die EU einseitig auf Globalisierungsstrategien, also die globale Finanzindustrie und Großkonzerne fokussiert hätte. Die endogenen Potentiale wären vernachlässigt worden. Kleine und mittlere Unternehmen hätte man nicht ausreichend gefördert bzw. entwickelt.

Als Beispiel nannte er dann folgende Bereiche: Die Branchen, die noch Beschäftigung ausbauen würden, stünden vor dem Phänomen, dass es einerseits eine wachsende Arbeitslosigkeit gäbe, andererseits es aber an qualifizierten Mitarbeitern mangeln würde. Das wäre darauf zurückzuführen, dass man in den vergangenen 30 Jahren den Bildungssektor sträflich vernachlässigt hätte. "Deutschland ist auf dem Weg zur Verdummung".

Darüber hinaus hätten sich die Markteintrittsbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen wesentlich verschlechtert. Gute Ideen wären aufgekauft worden, weil sie keine Finanzierungs- und Realisierungsmöglichkeiten im heimischen Bereich gefunden hätten.

Diese strukturellen Probleme würden sich nun verschärft auswirken, weil der konjunkturelle Druck

hinzukäme. Corona wäre nicht die Ursache der Probleme, sondern wäre nur das "Blitzlicht auf die vorhandenen Strukturprobleme", würde aber die rezessive Entwicklung drastisch vorantreiben.

Dr. Füllmich erklärte, dass er auch aus dem Bankbereich käme, und die Aussagen seine Einschätzung bestätigen würden. Er berichtete, dass man von 10 bis 11% Einbruch der Wirtschaftsleistung in Deutschland sprechen würde, in anderen Ländern wäre es noch schlimmer. Er fragte dann, ob Herr Kruse abschätzen könnte, was dem Land drohe, wenn die Maßnahmen der Regierung aufrecht erhalten blieben.

Herr Kruse erklärte, nicht mehr im Tagesgeschäft aktiv zu sein, weshalb er keine kurz- bzw. mittelfristige Prognose zuverlässig abgeben könne. Trotzdem erklärte er einige Dinge, die nach seiner Meinung eine große Rolle spielen würden, um deutlich zu machen, was auf Deutschland zukommen würde.

Um die wirtschaftliche Lage Deutschlands zu beurteilen, müsse man auch ins Ausland schauen, besonders auf die EU. Und da stünde man vor dem Phänomen, dass der Süden der EU wegbrechen würde. Italien müsse man als einstmaliges Industrieland ansehen, das den Anschluss verpasst hätte. Deshalb wäre ein Teil der industriellen Infrastruktur der EU in Gefahr. In Deutschland hätte man den entscheidenden Fehler gemacht, globalisierte Konzerne wie VW zu unterstützen, die aber dem Virus des Größenwahnsinns verfallen wären.

Man hätte versucht global "erster" zu sein, dabei aber übersehen, dass zur Leistungsfähigkeit einer Industrieregion vor allen Dingen die mittelständische Struktur gehören würde. Deutschland hätte immer einen starken Mittelstand gehabt, aber der wäre jetzt in Gefahr wegzubrechen, weil nun verschiedene Dinge zusammentreffen würden.

Da wäre die mangelhafte Infrastruktur, sowohl was die traditionelle Infrastruktur, zum Beispiel im Verkehrsbereich betreffe, als auch die moderne Kommunikations- und Wissensinfrastruktur. Das Bildungswesen wäre ebenfalls mangelhaft. Und zwar auf allen Ebenen. Bei der Facharbeiterqualifikation, bis zur Ebene der Hochschulqualifikation. Deutschland würde nicht genügend akademischen "Wissensüberschuss" produzieren, um in wichtigen Zukunftsfeldern wettbewerbsfähig zu sein.

Dr. Füllmich fragte dann nach der Einschätzung in Hinsicht auf die ehemaligen Ostblockstaaten. Herr Kruse befürchtete, dass die Programme der EU sich in erster Linie an die Finanzindustrie und die Großkonzerne richten würden, an jene, die global aufgestellt wären. Auch dort würde vollkommen vernachlässigt, die "endogenen Potentiale" zu unterstützen und zu entwickeln. Wenn er Berater dieser Regierungen wäre, würde er empfehlen, konsequent auf eine Strategie zur Entwicklung der endogenen Potentiale zu setzen. Das würde bedeuten, mit langem Atem eine Umstrukturierung und Neustrukturierung des Bereichs der kleinen Unternehmen und des Mittelstandes zu verfolgen. Er würde eine regionale Strukturpolitik empfehlen, die auf die Bereiche Infrastruktur, Wissen und Kapital ausgerichtet wäre.

Dr. Füllmich fragte, ob man mit den noch nicht ausgezahlten Mitteln der EU nicht hätte Forderungen nach mehr Rechtsstaatlichkeit verbinden müssen. Herr Kruse meinte, dass er da vorsichtig wäre. Wenn er nach Italien und Frankreich schauen würde, sähe er das Problem der Rechtsstaatlichkeit nicht einseitig bei Polen und Ungarn. Sondern für die ganze EU.

Europa wäre eine Kopfgeburt, die nicht auf der Grundlage einer Konstitution stehen würde. Insofern würde er die Debatte über die Rechtsstaatlichkeit als abgehoben empfinden. Ein wichtigerer Fehler wäre, dass man weder den Zeitraum, noch die Qualifikation der einzelnen Investitionsmaßnahmen ausreichend definiert hätte. Das würde bedeuten, dass man befürchten müsse, dass es eine reine "Umverteilungssorgie" werden würde, insbesondere in den Ländern, die industriell dabei wären, "abzuschmieren", wie zum Beispiel Griechenland, Italien, Spanien, Frankreich.

"Ich sehe die Gefahr künftiger Quersubventionen, ohne dass strukturell etwas passiert. Also die Stützung von Altstrukturen, die nicht mehr lebensfähig sind."

Es fehle der Input in den Bereichen moderne Technologien, und das mit langem Atem. Dazu würden Investitionen in Forschung, Umwelt usw. gehören. Europa wäre im Bereich der modernen Technologien ins Abseits geraten. Wir würden immer auf die USA schauen, und dabei übersehen, mit welcher rasanter Geschwindigkeit Asien uns in diesen Bereichen wie z.B. 3D-Druck, Künstliche Intelligenz, überholen würde.

Dr. Füllmich fragte dann, ob man vielleicht die EU durch einen Rückgriff auf die Idee des gemeinsamen

Marktes erfolgreich erneuern könnte. Herr Kruse gab zu, dass er schon an Ideen arbeiten würde, was man machen könnte. Er denke daran, im gesamten EU-Raum auf eine regionalisierte Strukturpolitik umzuschwenken, hin zu einer Struktur, die an den Grundlagen des europäischen Wirtschaftssystem ansetzen müsste. Dabei sollte der Mittelstand neu aufgebaut werden. Man dürfe nicht auf die Altindustrie setzen, zu der auch die Autohersteller gehören würden. Von dieser Industrie würde es keine positiven Impulse geben. Insbesondere die deutsche Automobilindustrie würde dem Fortschritt hinterherjagen. Es wäre falsch, diese Industrie zu subventionieren. Man müsse einen neuen Mittelstand schaffen, und das in allen Regionen der EU. Die Kompetenzen einer solchen Strukturpolitik dürften nicht bei der Zentrale in Brüssel liegen, sondern es müssten die fachlichen Kompetenzen in den Regionen gesucht werden.

Dr. Füllmich fragte, ob die Regionalisierung auch für die Finanzindustrie wieder gefördert werden müsste. Herr Kruse war sich sicher, dass dies zutrifft. Die Finanzindustrie lebe von ihrer Macht, nicht von ihrem positiven Beitrag zur Struktur der Wirtschaftssysteme.

"Ich denke, die EU hat genau zwei Möglichkeiten: Entweder sie modernisiert sich von unten und nimmt das auf, was an positiven Elementen noch vorhanden ist. Das reicht von Künstlern bis zu mittelständischen Unternehmern, und vielen jungen Ingenieuren, die gute Ideen haben, die aber nicht in die Lage versetzt werden, ihre Ideen umzusetzen. Das liegt daran, dass wir einseitig Strukturen fördern, die überholt sind."

Die Autoindustrie werde genau so schrumpfen, wie einst die Stahlindustrie schrumpfte. Es wird sie noch 20 oder 30 Jahre geben, aber eben reduziert und nicht mehr mit der Bedeutung für die Gesellschaft wie in der Zeit der Moderne.

Zurückblickend auf seine Arbeit in NRW erklärte er, dass die Autoindustrie ihn fatal an die Verflechtungen der Montanindustrie in den 1970er und 1980er Jahren dort erinnern würde. Man könne die gleichen Krisenzeichen von damals, heute in der Autoindustrie deutlich sehen.

Dr. Füllmich fügte hinzu, dass aber die Diskussion in dieser Krise in erster Linie darum gegangen wäre, wie man die Autoindustrie retten könnte, wie man die Lufthansa retten könnte, und wie man Großkonzerne unterstützen müsste. Von der Finanzindustrie hätte er gerade gelesen, dass sie massive Kreditausfälle

hätte. Die Commerzbank wäre schon in der Finanzkrise mit einem staatlichen Einstieg von damals 25 % gerettet worden, die Deutsche Bank wäre die ganze Zeit gerettet worden, obwohl sie von einem Skandal zum nächsten taumeln würde. Er fragte, ob das nicht völlig falsche Akzente gewesen wären, welche die Politik dort gesetzt hätte.

Herr Kruse bestätigte das. Er hätte erst gestern ein Gespräch mit einem jungen Unternehmer, dem Geschäftsführer eines Betriebes mit 200 Mitarbeitern geführt. "Der sagte mir, dass sie im Moment dabei sind einzustellen, weil viele ihrer noch kleineren Konkurrenten in Konkurs gegangen sind. Er erwarte in seinem Markt allerdings, dass es im Herbst mit dem 'großen Schlachten' beginnt." Dann würde es den typischen Mittelständlern an den Kragen gehen, weil die verdeckten Strukturprobleme im Herbst endgültig aufbrechen würden.

Daraufhin erklärte Dr. Füllmich, dass Personen aus dem Bereich der KSK Einheit der Bundeswehr, sogar mit Klarnamen, der New York Times ein Interview gaben, und erklärt hätten, dass man sich für den Herbst auf diesen großen Zusammenbruch vorbereiten würde. Die Soldaten würden unterstützt werden von einem Netzwerk aus der Industrie, dem Mittelstand und sogar Banken. Er fragte sich, ob es möglicherweise so schlimm kommen könnte, dass die Auseinandersetzungen sich nicht nur auf wirtschaftlicher Ebene, sondern auch auf der Straße abspielen würden.

Herr Kruse erklärte, das nicht beurteilen zu können, denn er wisse nicht, wie eine säkulare Stagnation in den freien Fall umschlagen könnte. Dazu hätte er nicht genügend Informationen zu Primärdaten. Was er allerdings befürchte wäre, dass die EU vom Kopf her handlungsunfähig ist, und was als "Handlungsfähigkeit" beworben würde, stünde auf den Schmierzetteln der Finanzindustrie, die man überreichen würde.

Es gäbe so etwas wie eine Korrumpierung der Köpfe, die nicht nur über Geld funktionieren würde, sondern auch über Wissensvermittlung laufen würde. Die schlimmste Bedrohung neben der Struktur der Wirtschaft, läge in den politischen Strukturen.

"Die Parteien, und die dominanten Personen in den Parteien denken in den Kategorien vergangener

Jahrhunderter". Es gäbe keine Modernität in den öffentlichen Bürokratien.

Dr. Füllmich fragte, ob es, wie in den USA, in Deutschland zu einer vollkommenen Losgelöstheit der Politik von den Menschen und ihren Wünschen geben würde. Herr Kruse antwortete, dass er die Gefahr in einem seiner Bücher schon vor Jahren beschrieben hätte, und die Befürchtung wäre nun wahr geworden.

"Wir haben einen abgehobenen politisch administrativen Sektor, der in eigenen geschlossenen Kategorien denkt. Die Kommunikation, das völlige Ausschalten des Problems von politischen Grundentscheidungen wirkt sich dazu aus, dass sich im Grunde ein neues Kastenwesen gebildet hat."

Kruse wies darauf hin, dass der ganze Vorgang um die neue Kommissionspräsidentin für jeden, der noch ein Rest von demokratischem Grundverständnis hätte, ein "Tritt ins Gesicht" gewesen wäre. Herr Kruse ist der Meinung, dass man um eine grundlegende Demokratiereform der EU nicht herumkommen würde. Aber das würde gleichermaßen für Deutschland gelten.

Dr. Füllmich wunderte sich, dass man in den deutschen Massenmedien nur noch eine Meinung finden würde. Und in der Corona-Politik würde es auch nicht anders aussehen. Herr Kruse antwortete darauf, dass Macht immer geteilt werden müsse. Das wüsste man seit einigen Jahrhunderten. Und wir hätten gegen diese Grundbedingungen der Demokratie verstoßen. Es gäbe einen Einheitsbrei, in dem alle wichtigen Funktionen der Politik im Rahmen einer personellen Charade verteilt würden (8). Wer Bundespräsident wird, wer der Chef einer Behörden wird, wer Minister wird, das würde ausgekungelt. Es gäbe keine demokratische Selektion nach Fähigkeiten. Das würde inzwischen alle Bereiche des Landes betreffen. "Man darf die formierende Wirkung des finanzkapitalistischen Durchgriffs auf Medien und Politik nicht unterschätzen." Es gäbe keine Gegenkraft. "Der Souverän hat in unserem Land keine Position."

Für Dr. Füllmich erscheint dies für Juristen besonders schlimm, weil genau dies auch auf der Ebene der Bundesgerichte zu beobachten wäre. Dann führte er aus, dass der ehemalige grüne Bundestagsabgeordnete Gerhard Schick versucht hätte, eine Gegenkraft zu entwickeln, die sich "Bürgerbewegung Finanzwende" nennen würde. Er fragte, ob dies vielleicht eine Möglichkeit wäre, die Bevölkerung wieder an finanzpolitischen Entscheidungen partizipieren zu lassen.

Aus dem Ausschuss wurde gefragt, warum es passierte, dass die Situation wie zementiert wirke, und keinerlei ernsthafte Diskussion in der Politik stattfindet. Herr Kruse antwortete, dass die Bürokratien immer noch wie in der Feudalzeit aufgebaut wären. "Nach dem Postkutschenmuster. Wir haben immer eine Verwaltung, die preußisch denkt und handelt." Aber das wäre heute eben negativ, denn die Verwaltung wäre strukturell überfordert. Es gäbe mehr Möglichkeiten als diese Art der Politik verarbeiten könne. Deshalb wäre es nur natürlich, dass man sich abschotten, und falsches Handeln sogar noch verstärkt fortsetzen würde. Die Wirklichkeit würde ausgeblendet werden und diese Art der Politik ließe sich von den Medien potemkinsche Dörfer errichten, an die man dann selbst auch glauben würde.

Als Grund, warum eine Veränderung schwierig wäre, bestünde in dem Problem Fehler einzugestehen. Sie würden in der politischen Administration ja zu Stellen führen. Rollt ein Kopf von rechts, muss eben ein Kopf von links auch rollen. "Wir haben eine Machtstruktur, die nicht nur verknöchert, sondern wie klebriger Pudding ist. Was verknöchert ist und von klebrigem Pudding umgeben, kann man nicht an die Wand nageln."

Kruse glaube nicht an Verschwörungstheorien, sagte er, sondern er glaube an die Macht der Apparate, die nicht zu brechen ist. Diejenigen, die im Apparat groß geworden wären, vertrauten auf die Apparate und die Strukturen, die ihnen die Macht verschafft hätten.

Kruse erklärte, dass er ja einen Apparat mit mehreren tausend Menschen geführt hätte, und dass es schon schwer genug gewesen wäre, ihn in eine Richtung zu bringen. Den ganzen Apparat zu ändern, würde bedeuten, dass man konkret in Karrierepläne, in Machtgefüge eingreifen müsste. Neben gewerkschaftlichen Machtgefügen gäbe es parteipolitische und andere Machtstrukturen. Es wäre ungeheuer schwierig, ein Bürokratie, wenn sie mal entstanden wäre, und sich fest etabliert hätte, zu verändern. Im Moment wäre es auch so, dass die politische Bürokratie über ungeheure Machtmittel in Form von Geld verfügen würde. "Das macht natürlich hörig."

Herr Kruse war überzeugt, dass eine Zeit kommen werde, in der man nach Alternativen suchen wird. Deshalb wären heutige Bemühungen um Aufklärung und die Diskussion über Alternativen durchaus

sinnvoll.


Nach dem Abschluss Befragung von Herrn Kruse wurden noch andere Beispiele von Sanktionen gegen mittelständische Betriebe aus dem Ausschuss berichtet, und wie die Rechtsanwälte die Rechtslage beurteilten, nämlich gesetzeswidrig, was auch schon von ersten Gerichten bestätigt worden wäre.

Auch wurde berichtet, wie in Berlin hunderte von Millionen Euro schnell und unbürokratisch nach einem Online-Antrag an hunderttausende Einzelhändler ausgeschüttet worden wären, und es wurde gefragt, ob das nicht eine Fehlinvestition zur Vertuschung falscher politischer Entscheidungen gewesen wäre. Und alles würde auf einem Test basieren, der angeblich Infektionen nachweisen würde, was aber gar nicht der Fall ist.

Ausblick

Im nächsten Teil, der Zusammenfassung von Sitzung 6, wird es um die Lage der Kinder gehen. Unter anderem wird ein Psycho-Immunologe zu Wort kommen.

+++

Wort für http: Seiten  ``

VG Wort für https: Seiten

``

Quellen

- (1) <https://kenfm.de/corona-untersuchungsausschuss-teil-1-von-jochen-mitschka/> und <https://kenfm.de/corona-untersuchungsausschuss-teil-2-von-jochen-mitschka/>
- (2) <https://kenfm.de/corona-untersuchungsausschuss-teil-3-von-jochen-mitschka/> und <https://kenfm.de/corona-untersuchungsausschuss-teil-4-von-jochen-mitschka/>

(3) Zusammenfassung Teil 5:
<https://kenfm.de/corona-untersuchungsausschuss-teil-5-von-jochen-mitschka/> Video:

<https://corona-ausschuss.de/sitzung3/>

(4) <https://corona-ausschuss.de/sitzung4/>

(5) <https://corona-ausschuss.de/sitzung5/>

(6) <https://greenmango24.de/>

(7) <https://www.youtube.com/watch?v=rfoZIGUZBoU>

(8) Von mir auch "Konsens der staatstragenden Parteien" genannt.

+++

<https://kenfm.de/bundestagsuntersuchungsausschuss-oder-tribunal-%e2%80%a2-standpunkte/>

<https://twitter.com/TeamKenFM/status/1286332970408841219>

<https://youtu.be/sL4kO2J8niQ>

<https://corona-ausschuss.de/>

<https://www.freidenker.org/?p=8079>

+++

Danke an den Autor für das Recht zur Veröffentlichung des Beitrags.

+++

Bildquelle: ©OVALmedia

+++

KenFM bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Meinungsartikel und Gastbeiträge müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.

+++

KenFM jetzt auch als kostenlose App für Android- und iOS-Geräte verfügbar! Über unsere Homepage kommt Ihr zu

den Stores von Apple und Google. Hier der Link: <https://kenfm.de/kenfm-app/>

+++

Abonniere jetzt den KenFM-Newsletter: <https://kenfm.de/newsletter/>

+++

Jetzt KenFM unterstützen: <https://www.patreon.com/KenFMde>

+++

Dir gefällt unser Programm? Informationen zu weiteren Unterstützungsmöglichkeiten hier: <https://kenfm.de/support/kenfm-unterstuetzen/>

+++

Jetzt kannst Du uns auch mit Bitcoins unterstützen.



Bitcoin Adresse: 18FpEnH1Dh83GXXGpRNqSoW5TL1z1PZgZK